

„Die Leute schimpfen uns Elefantenmörder“

Die Zukunftsangst der Elfenbeinschnitzer von Erbach im Odenwald

Leonhard Gebhardt, 80, hatte schon als Lehrling in den zwanziger Jahren „die ersten verdienten Groschen in weißem Gold angelegt“. Später, in der Inflationszeit, erinnert sich Ehefrau Margarethe, „standen wir bisweilen vor der Frage: Kriege ich ein neues Kleid, oder kaufen wir einen Elefantenzahn?“

Wie Gebhardt hatte auch Schnitzer-Kollege Ernst Krämer aus Michelstadt, der vorletzten Freitag 93jährig starb, sein Leben lang Elefantenzähne im Keller gehortet: „Das war doch unsere Altersversorgung.“

Gebhardt führte Anfang Juli den Erbacher CDU-Bürgermeister Dieter Haver, 48, einen seiner Geburtstagsgratulant, in den Keller und zeigte ihm seinen Elfenbeinvorrat. Ehefrau Margarethe war den Tränen nahe: 380 Kilo Elfenbein lagen da, vor 25 bis 40 Jahren immer mal wieder günstig auf Vorrat eingekauft.

Eine Rechnung vom 28. August 1967 nennt den Preis von damals: 27 Mark für ein Kilo tadelloser Zähne, das Stück 18 Kilo schwer. Heute würde Gebhardt mit diesen Stücken einen Kilopreis von 500 Mark erzielen.

Aber: „Im Moment kauft ja keiner mehr etwas, und wie es weitergeht, wissen wir nicht.“ Kollege Ulrich Seidenberg, Schnitzermeister aus Michelstadt: „Der verlassene Elfenbeinschnitzer steht vor einer Gruft von Existenz- und Ausweglosigkeit.“

Jürgen Schott, 29, Obermeister der Elfenbeinschnitzer-Innung, muß in seinem Laden am Erbacher Marktplatz schon seit Jahren Schmähungen über sich ergehen lassen: „Da kommen Leute rein und schimpfen uns lauthals Elefantenmörder.“

Auch anonyme Drohbriefe findet Schott immer wieder unter der Post: „Da steht drin, wenn wir weiter Elfenbein verkaufen, würde uns ein ‚großes Unglück‘ ereilen und so.“

Ein Unglück kündigte sich schon am 5. Juni in einem knappen Telefax des Bonner Umweltministers an das Bundesamt für Wirtschaft sowie an das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft an: „Ich bitte, bis auf weiteres keine Einfuhrgenehmigungen mehr für Teile und Erzeugnisse des afrikanischen Elefanten zu erteilen. Im Auftrag (gez.) Dr. Emons.“

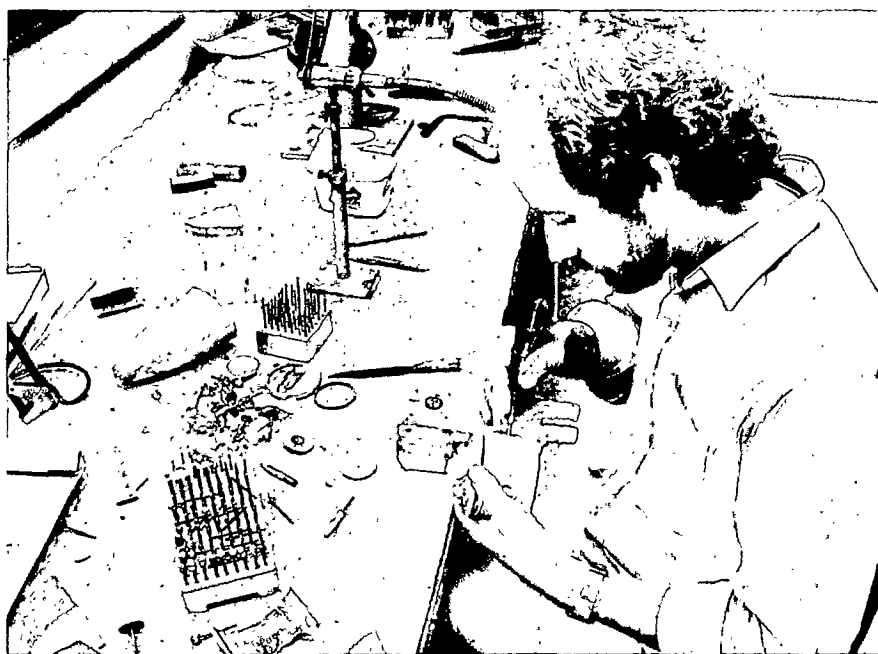
Seither macht sich in der 200 Jahre alten Schnitzerbranche des Odenwaldes Panik breit. Bonns Umweltminister Klaus Töpfer habe sich, so Schnitzermeister Ulrich Seidenberg, mit dem Verbot der Einfuhr von Rohelfenbein zum „Totengräber der deutschen Elfenbeinschnitzer“ deklariert, habe den „Exi-

stenzymord“ der Branche „radikal verordnet“. Jetzt seien viele Leute und Familien im Odenwald „hilflos“. Jürgen Schott: „Die Kollegen fühlen sich wie in Kriegzeiten. Sie sehen keine Zukunft mehr.“

Die Schnitzer machen folgende Rechnung auf: Von den weltweit 800 Tonnen, die pro Jahr neu auf den Markt kommen, hätten die Odenwälder Betriebe kaum 1,5 Tonnen importiert, 200 bis 300 Stoßzähne pro Jahr. Laut Innungschef Schott könnte die Branche bei einem vorhandenen Lagerbestand von 30 bis 40 Tonnen Rohelfenbein in der Bundesrepublik – nicht gerechnet Fertigproduk-

Für den weiteren Verkauf innerhalb der EG müßten beim Regierungspräsidenten in Darmstadt Einfuhrbescheinigungen für jedes Stück Ware beantragt werden. Das kostet „5000 Mark oder noch mehr Gebühren“, ein oder zwei Prozent vom Warenwert. Löws sind sich nicht im klaren darüber, ob sich das noch lohnt oder ob man „nicht das ganze Lager aufgeben soll“.

Früher, erzählt auch Frau Löw, lag der Kilopreis bei 25 bis 30 Mark, die Tonne gab es für 25 000 Mark. Dieser Tage kam ein Angebot wie folgt rein: 28 Kilo für 28 000 Mark. Das seien dann nur noch Liebhaberpreise für „Leute, die



Elfenbeinschnitzer Schott in Erbach: „So ein Trara um den Rohstoff Elfenbein“

te wie Broschen, Armreifen und Brieföffner – noch 20 Jahre produzieren und verkaufen, ohne ein einziges Gramm einführen zu müssen. Weil sich Geschmack und ideologische Einstellung gewandelt hätten, gehe der Umsatz seit Jahren zurück.

Schott hat etwa eine Tonne Rohstoff im Keller, das Kilo 400 bis 550 Mark wert. Viel kauft die Branche bei belgischen und britischen Klavierbauern und Billardkugelherstellern ein, Randstücke, Abfallprodukte aus deren Produktion. Da geht der Kilopreis im Einkauf auf 100 Mark runter.

Wenn Schnitzer wie Schott noch neue Ware kaufen, dann über den Importeur Philipp Löw in Erbach, der Auktionen in Holland und Belgien besucht. Löw hat zur Zeit drei bis vier Tonnen auf Lager. Ehefrau Elfriede weiß auch nicht, „wie's weitergeht“.

sich ein Pärchen von Zähnen über die Tür hängen wollen“.

Kein Schnitzer mehr könne Ware zu diesen Konditionen erstehen. Frau Löw: „Keiner kauft mehr was, alles ist vorbei.“ Wenn man davon leben muß, sei das eine harte Sache. Früher, vor einigen Jahren, hatten Touristen auf Vorrat „noch Angstkäufe getätigt“, etwa Broschen, Ringe, Armreifen, verzierte Döschen, Tierfiguren gehortet. Auch das sei jetzt vorbei.

Manche Betriebe haben sich inzwischen auf Alternativ-Rohstoffe umgestellt, sich mit brasilianischem Büffelhorn und Bernstein ein zweites Bein geschaffen. Eine andere Alternative: „Edelbein“.

Das sei nichts anderes als der Knochen vom Rind, erzählt Innungsmeister Schott, „da können Sie vorher Suppe mit kochen“. Dem Elfenbein sei das poröse

Material „gar nicht zu vergleichen, man kann als Schnitzer nix anfangen damit“.

Schott sieht sich wie seine Kollegen mit einer absurden Lage konfrontiert: Einerseits sei gerade jetzt wieder in der „Odenwälder Heimatzeitung“ zu lesen, daß Elefantenhorden in Afrika die Plantagen verwüsteten und die Wildhüter der Plage nicht Herr würden. Andererseits, „so ein Trara um den Rohstoff Elfenbein bei uns“. Und wenn Schott wie letzte Woche in der Tagesschau sieht, daß in Kenia Elfenbein verbrannt wird, dann fehlen ihm „einfach die Worte zu solch einer Schande“.

40 Prozent des Elfenbeins würden in Japan verarbeitet, als Stempel, Siegelringe und so weiter. Die Handarbeit der Erbacher aber, mit ihrem wenigen Elfenbein, werde „jetzt kaputtgemacht“.

Schott und seine Kollegen erfuhren inzwischen, daß zwar das Einfuhrverbot ab sofort gilt, daß aber die Altbestände bis Januar 1993, dem Beginn des EG-Binnenmarktes, weiter vermarktet werden können.

Bis dahin, hofft die kleine deutsche Elfenbeinbranche, werde das Bundesnaturschutzgesetz so abgeändert sein, daß – ähnlich den Regelungen anderer EÜ-Länder – Importverbot nicht gleichzeitig Handelsverbot bedeutet. „Sonst müßten ja“, so Schott, „die alten Lagerbestände beschlagnahmt oder verbrannt werden.“

Die Branche hofft eher auf die „Lösung Mammut“. Sie hat dabei mehr als 10 000 Jahre alte, im sibirischen Eis eingeschlossene Mammutzähne im Sinn, die vielleicht die Russen gegen harte Devisen liefern könnten – und die Schnitzer meinen Grund zu haben, daran zu glauben.

Laut Bürgermeister Haver hatten die Städte Erbach und Michelstadt nach dem Erdbeben in Armenien der sowjetischen Botschaft in Bonn spontan 30 000 Mark geschickt. Man möge, so hieß es im Begleitbrief Havers, helfen, daß die Elfenbeinausstellung der Eremitage von Leningrad einmal als Leihgabe in Erbach gezeigt werden könne.

Botschafter Julij Kwizinski habe freundlich gedankt und Hilfe zugesagt. Anfang Juli, als die Elfenbeinkrise über Erbach hereinbrach, schrieb Haver erneut an Kwizinski: „Damals wart ihr in Not, jetzt sind wir in Not.“ Der Bürgermeister bat um Vermittlung in Sachen Mammut. Denn dieses Material „ähnelte dem Elfenbein bis aufs Haar, der einzige Unterschied: Es glänzt schneller beim Polieren“.

Binnen drei Wochen habe Kwizinski geantwortet: Man könne künftig jede gewünschte Menge fossiler Mammutzähne aus dem sibirischen Eis beziehen.

Das Verfahren sei direkt mit dem Ministerium für Geologie in Moskau abzustimmen, Telephon- und Telexnummer anbei.

Haver zu dem glücklichen Deal: „Man trifft sich immer zweimal im Leben.“

ISRAEL

Eine Zeitbombe

Die Intifada verschärft die Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit wächst, Unruhen werden befürchtet.

Textilfacharbeiter aus Portugal, Ingenieure aus Großbritannien, Hausgehilfinnen von den Philippinen: Israels Wirtschaft importiert Arbeitskräfte aus aller Welt. Also Wohlstand und Vollbeschäftigung im Heiligen Land?

Keineswegs, eine schwere Rezession bedrückt vielmehr Israel. „Wenn das so weitergeht, könnte uns leicht die Kontrolle entgleiten“, warnte vergangene Woche der Likud-Abgeordnete Ariel Weinstein.



Palästinensischer Demonstrant in Nablus: Milliardenverlust für Israel

Nahezu 170 000 Israelis, fast zehn Prozent aller Arbeitnehmer, sind zur Zeit stellenlos. In Entwicklungsstädten wie Or Akiba kletterte die Arbeitslosigkeit gar auf 17 Prozent. Gewerkschaftsführer Chaim Haberfeld: „Für einen Immigrationsstaat wie unseren ist das eine Zeitbombe.“ Andere Sozialpolitiker meinen zu wissen, wieso: „Das alles wird in Unruhen münden.“

Aus Protest gegen die Arbeitslosigkeit setzte der mächtige Gewerkschaftsdachverband Histadrut für den 23. Juli einen zweistündigen Generalstreik an und verkündete, das sei eine erste Warnung an die Regierung, „wesentlich drastischere Schritte“ würden folgen.

Die Arbeitslosigkeit, dazu die wachsende Verbitterung oder Resignation weiter Volksschichten lassen Kriminalität, Rauschgiftgenuß und die Selbstmordrate ansteigen. Deshalb will die Regierung nunmehr staatliche Notstands-

arbeiten finanzieren: Flugplätze und Schulen ausbauen, Straßen, Telekommunikation, Wasser- und Stromnetz modernisieren.

Doch Israels Arbeitslose drängen sich nicht nach physischer Arbeit zu jenen Mindestlöhnen, die der Staat für die Teilnahme an seinen Programmen zahlen kann. Viele ziehen die für sechs Monate gewährte Arbeitslosenunterstützung vor.

Dabei ist Arbeitslosigkeit in Israel psychologisch besonders belastet: Die Staatsgründer hatten einst versprochen, sich den Boden durch ihrer Hände Arbeit zu erschließen – das Volk der Händler und Intellektuellen sollte endlich zur Feldarbeit finden und sich dabei „erneuern“.

In den ersten 25 Jahren der Existenz des Judenstaates war bei einer jährlich fast zehnprozentigen Wachstumsrate Ar-

beitslosigkeit nicht in Sicht, und bis Ende der sechziger Jahre blieb auch die Inflation milde.

Doch schon am Ende der siebziger Jahre stieg die Inflation dank der ungeheuren Ausgaben des Militär- und Wohlfahrtsstaates Israel auf über 100, näherte sich bald sogar 800 Prozent. Zugleich fiel die Wachstumsrate zeitweilig unter zwei Prozent. Israels wirtschaftliches Überleben hing immer mehr von der Großzügigkeit der kapitalistischen USA ab.

Drei Milliarden Dollar erreicht die jährliche Finanzspritze der US-Schutzmacht, über zehn Prozent des israelischen Staatshaushalts. Hinzu kommen noch eine halbe Milliarde Dollar Spenden, mit denen die Juden der Welt ihre Solidarität zu beweisen suchen.

Aber auch das genügt nicht. Inzwischen hat der ausgewerkte 4,5-Millio-